

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Auswirkung der Liberalisierung der Energiewirtschaft auf das Land Bremen**

Der Senat hat bei der Vorlage der ersten Fortschreibung des Landesenergieprogramms im Dezember 1996 (Drs. 14/531) erklärt, dass er zur gegebenen Zeit der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht über den geänderten energierechtlichen Ordnungsrahmen übergeben wird. Dieser Bericht wurde nicht erstellt, die Vorlage der zweiten Fortschreibung des Landesenergieprogramms ist seit Ende 1998 überfällig. Es ist zu erwarten, dass sich die Lage der Energiewirtschaft im Lande Bremen dramatisch ändern wird.

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die Auswirkung des geänderten energierechtlichen Ordnungsrahmens auf die Stromwirtschaft, insbesondere auf die Energieversorgungsunternehmen im Lande Bremen? In welchem Umfang rechnet der Senat mit der Stilllegung von Kraftwerken und dem Abbau von Arbeitsplätzen? In welcher Höhe sind Mindereinnahmen bei Steuern und Abgaben zu erwarten?
2. Als Grundsatz der bremischen Energiepolitik ist im Landesenergieprogramm eine möglichst umweltverträgliche und ressourcenschonende Stromerzeugung festgelegt. Welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um diese Zielsetzung auch unter den veränderten Rahmenbedingungen zu gewährleisten?
3. Unterstützt der Senat die Gesetzesinitiativen des Landes Berlin (BRat-Drs. 478/99), die zum Ziel hat, durch die Einführung einer sich regelmäßig erhöhenden Quote für die Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen diese besonders umwelt- und ressourcenschonende Stromerzeugung vor den negativen Auswirkungen des liberalisierten Strommarktes zu schützen?
4. Welche Position vertritt der Senat zur anstehenden Liberalisierung des Gasmarktes speziell unter dem Aspekt der Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Energieversorgungsunternehmen im Lande Bremen?
5. Ist der Senat der Meinung von Wirtschaftssenator Hattig, dass angesichts der Entwicklung auf dem Strommarkt der Bau neuer Windkraftanlagen fragwürdig ist und wie steht er in diesem Zusammenhang zu den Bürgerschafts- und Senatsbeschlüssen von 1997 zum Ausbau der Windkraft? Welche konkreten Schritte und Maßnahmen wurden zur Umsetzung der getroffenen Beschlüsse eingeleitet?

Dr. Karin Mathes,
Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen